

Protokoll 25. bundesweites Treffen am 2. August in Halle (Saale)

Am 2. August 2008 fand das Treffen in Halle beim Freien Radiosender CORAX statt.

Anwesend waren MitstreiterInnen aus Aschersleben, Braunschweig, Bremen, Dresden/Riesa-Großenhain, Finsterwalde, Fürstenwalde, Gelsenkirchen, Gießen, Göttingen, Halle (Saale), Hannover, Jüterbog, Karlsruhe, Leipzig, Wittenberg und die Bundestagsabgeordnete Elke Reinke.

Tagesordnung:

1. Formalia (Begrüßung, Moderation, Protokoll /Vorstellung der Tätigkeitsschwerpunkte der Initiativen)
2. Kampagne für die Rücknahme der Kürzungen bei Schulkindern/weitere Schritte
3. Weitere Entwicklung Beistand/Begleitschutz (BS)/Zahltag
4. BAG-SHI-Insolvenz (was bedeutet das für das ABSP?)
5. Positionierung zu Referentenentwurf "Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente"
6. Demo 11.Oktober
7. Klima-/Antira-Camp in Hamburg vom 15. bis 24. August
8. Aktuelles

Protokoll: Wolfram Altekrüger (Wittenberg)

Moderation: Edgar Schu (Göttingen)

Zu 1., Vorstellung der Tätigkeitsschwerpunkte bzw. Auseinandersetzungsthemen der Initiativen:

In Göttingen: BS und Zahltag – Neugründung "Bündnis gegen Ämterschikane";

Wittenberg: Montagskundgebung.

Jüterbog: BS, Aktivitäten gegen Kinderarmut, für Schulfonds, Familiencamp mit Kindern und Erwachsenen.

Finsterwalde: BS.

Braunschweig: BS, Geld wurde einem Mitstreiter gestrichen, angeblich weil er keinen Mietvertrag abgegeben habe, was nach über 2 Jahren das erste Mal aufgefallen sei. Verdacht: Sanktionierung wegen sozialen Engagements wie Infocafe und anderen Aktivitäten.

Dresden Oberelbe: Anrechnungsfreies Kindergeld auch bei den Linken einbringen.

Leipzig: Kampf für Sozialticket Leipzig, BS als Zusammenarbeit mit ver.di Erwerbslosen Nordsachsen.

Gießen: Montagskundgebung.

Hannover: vor allem diverse Arbeit des ver.di Erwerbslosenausschusses, Verhältnis des DGB vor Ort zu den Hartz-Parteien und seine Illusionen von Sozialpartnerschaft.

Finsterwalde: Kommunalkombi findet die Linke in Ordnung.

Aschersleben: Montagsdemo mit den Linken, Sozialberatung und BS, Tommi Sanders Ratenzahlung hat drei Raten Rückstand, welche im Groben aufgefangen werden können; aber: Spenden als Centbeträge sind weiter erwünscht!!

Karlsruhe: BS und Beratung.

Bremen: BS.

Zu 2. Kampagne für die Rücknahme der Kürzungen bei Schulkindern/weitere Schritte

Bei seinem Bundestreffen am 2.2.2008 in Göttingen hat das ABSP beschlossen, für das Jahr 2008 eine Kampagne "Regelsatzerhöhung Jetzt!" zu starten. Nachdem ein Bewegungsworkshop am 16. und 17.2 in Berlin dazu keine weiteren Impulse geben konnte, trafen sich auf Initiative des ABSP am 19.3. bei der KOS in Berlin mehrere Vertreter Sozialer Bewegungen und einigten sich darauf, dass die Kampagne "Regelsatzerhöhung Jetzt!" bei den Kinderregelsätzen ansetzen müsse, um in der Öffentlichkeit Wirkung und Resonanz zu erzielen. Das Bundestreffen des ABSP in Aschersleben bestätigte und bekräftigte diesen Weg.

Auf Vorschlag der KOS wurde die Forderung "Rücknahme der Kürzungen" in den Mittelpunkt gestellt und nach Abstimmung die Formulierung einer Bündnisplattform des Rhein-Main-Bündnisses zum 1. Mai 2008 als Bündnisplattform veröffentlicht. Seither werden Unterschriften und Unterstützer der Bündnisplattform gesucht und gefunden. Auch das Bundestreffen des ABSP in Peine bekräftigte diese Orientierung.

Vor diesem Hintergrund erfolgte unter diesem Tagesordnungspunkt eine lebhafte und ausgedehnte Diskussion. Es wurde festgestellt, dass es sich um eine Kampagne mit längerem Atem handle und sie sich zur Zeit in der Aufbauphase befindet. Deshalb käme es jetzt vor allem darauf an, die Unterstützung auszuweiten und zu verbreiten.

Vorgeschlagen wurde ein Logo für die Kampagne auszuarbeiten, Plakataktionen durchzuführen, Werbematerial herzustellen, Presseberichte zu veranlassen und an einem Zustand allgemeiner Aufmerksamkeit für die Plattform zu arbeiten. Viele dieser und weitere gute Ideen können aber erst später erfolgversprechend in Angriff genommen werden, wenn die Resonanz auf die Plattform noch größere Unterstützerzahlen erreicht haben wird.

Für die Kampagne für die Rücknahme der Kürzungen der Kinderregelsätze hatte das Bündnis eine Mailaktion an Bundestagsabgeordnete durchgeführt, bei der die Bundestagsabgeordneten aufgefordert wurden, sich für die Rücknahme der Kürzungen einzusetzen. Die Aktion richtete sich an alle Bundestagsabgeordneten mit Ausnahme der Linken, da diese die Kürzungen nicht veranlasst und nicht zu verantworten hat. Die Antworten sind beschämend und erhellend. Diese und weitere Informationen sind auf der Webseite der Kampagne nachzulesen.

Es zeigt sich, dass die Bundesregierung und die sie stützenden politischen Kräfte von dem Thema und der Kampagne empfindlich getroffen werden. Das ABSP und das Bündnis treffen mit ihrer Kampagne einen wunden Punkt der Regelsätze. Das ABSP kann daher mit dieser Kampagne die Trutzmauer um die Regelsätze aufbrechen.

Nach dieser Diskussion über die verschiedenen Facetten der Plattform waren sich alle Anwesenden einig, dass die Bündnisplattform ein Instrument ist, mit welchem die Sozialproteste wirklich an der einen empfindlichen Stelle entscheidend in die Bundespolitik eingreifen werden können und dies die gesamte Bewegung stärken wird. Jetzt geht es darum, dass alle Mitstreiterinnen des Netzwerkes des ABSP intensiv für die Verbreiterung der Bündnisplattform arbeiten, damit die Regelsatzmauern unter den Trompeten der Kinderplattform einstürzen.

Zu 3. Weitere Entwicklung Beistand/Begleitschutz(BS)/Zahltag

Edgar berichtet aus Göttingen, dass BS eine Gelegenheit darstellt, bei der sich mehrere sehr unterschiedliche kleine Initiativen und ganz neue Aktive gemeinsam zu einem handlungsfähigen Bündnis zusammen schließen können.

In Hannover läuft es noch nicht, da andere Aktivitäten im Mittelpunkt stehen. Die Jüterbogener waren mit 10 Leuten, darunter zwei SprecherInnen, mit Presseinfo aktiv und haben einstweiligen Rechtsschutz durchgesetzt. In Braunschweig werden über den Verein Begleitungen zur ARGE und zur Meldebehörde organisiert. Man musste dort sogar ARGE-Mitarbeiter wegen Amtsmissbrauch und Nötigung anzeigen, so dass die Kripo sie verhört. Kehrseite von Begleitung und Beratung: Aktive in den Initiativen wollen nicht ausgenutzt werden und denken über einen Mitgliedsbeitrag z.B. 1 € nach. Irgendwie wollen sie erreichen, dass die Last auf mehr Schultern verteilt wird und die Leute gemeinsam eine Kraft entwickeln, die dafür sorgt, dass weniger Erwerbslose um ihre Rechte gebracht und schikaniert werden.

Bremer Kollegen betonen, dass, wer sich begleiten lässt, keine Angst habe, sondern stark sei, ein wichtiges Geschäft entschlossen und nicht ohne Zeugen abzuwickeln, wie im Geschäftsleben auch. Wolfram weist auf die rechtlichen Gründe wegen der Beweislast der Betroffenen hin. Auch sei es das Recht eines jeden Menschen, den "Vertrauensarzt" abzulehnen und sich seinen eigenen auszusuchen. Sachleistungen verstießen gegen den Sozialdatenschutz. Nur Geldleistungen seien zulässig. BS ist ein politisch breiter Ansatz, der sowohl Montagsdemoinitiativen als auch der Linken Möglichkeiten zur Unterstützung biete. Kurzer Einschub: Einige Initiativen weisen die Betroffenen darauf hin, dass man mit einem 400 €-Job viel besser dran ist als mit einem 1-€-Job: Man darf 160 € behalten und hat weniger Arbeitsstunden als im 1-€-Job, außerdem ist man im Bereich des normalen Arbeitsrechtes.

Fragebogen aus Göttingen wird noch überarbeitet und bald gemeinsam mit Göttinger Auswertung zur Verfügung gestellt.

Fazit: Wir müssen unsere Erfahrungen weitergeben und von einander lernen. ALG II Leistungen sind immer in Geldleistungen zu erbringen. Essengutscheine sind immer abzulehnen.

Zu 4. BAG-SHI-Insolvenz (was bedeutet das für das ABSP?)

Neugründung wird über kurz oder lang kommen. Dieser Vorgang sollte der BAG-SHI überlassen werden. Sie werden sich melden, sobald Unterstützung sinnvoll ist.

Zu 5. Positionierung zu Referentenentwurf "Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente"

Der darin geplante Wegfall von ABM im Bereich des SGB II wird unterschiedlich bewertet. Einige Initiativen haben die Einschätzung, dass sie keine ABM wollen, sondern öffentliche Beschäftigung. MitstreiterInnen aus Leipzig, Berlin und anderen Städten weisen darauf hin, dass Leute in ABM in sozialen Projekten beschäftigt sind. Wenn diese Stellen, die den Betroffenen unentgeltlich unterstützen, wegfallen, ist dies eine weitere Verschlechterung bei den ökonomisch Schwachen.

Weitere Punkte im Referentenentwurf: Ohne Belehrung und Vorwarnung kann das ALG II gekürzt werden. Keine aufschiebende Wirkung mehr beim Widerspruch. Privatarbeit im Rahmen des Modells Job-Perspektive ist zulässig, mit Aufstockung durch ALG II- Bezug bedeutet dies Ausweitung des Arbeitszwangs. Das ARGE Papier Leipzig ist sehr offen und eindeutig: Über Arbeitszwang durch Bürgerarbeit nach Glos und Kommunal-Kombi-Lohn müssen wir die Bevölkerung aufklären.

Zusammenfassend werden als drei wichtigste Kritikpunkte am Referentenentwurf herausgearbeitet: Statt ABM im Bereich SGB II privates Lohndumping durch Hartz IV, Arbeitszwang, um ALG II zu erhalten verschärft durch sofortige Sanktionierung ohne Verwarnung bei Verstößen, Eingliederungsvereinbarungen als Verwaltungsakt.

Zu 6. Demo 11.Oktober Freiheit statt Angst

Der Aufruf wird durch das ABSP durch Beteiligung unterstützt. Um den Prügelattacken der Polizei was entgegensetzen, können Ältere und Rentner als Schutzschild wirken.

Zu 7. Klima-/Antira-Camp in Hamburg vom 15. bis 24. August

Edgar war an der Vorbereitung beteiligt

Initiativen gegen katastrophale Klimapolitik und Abschiebungsflughafen. Dieser soll durch viele Menschen, die Sand im Getriebe sein wollen, unter anderem mit Rollkoffern, überflutet werden.

Protest gegen Kohlekraftwerke (Hamburg Moorburg, Besetzung der Baustelle). Außerdem inhaltliche Veranstaltungen auf Camp. Möglicher Workshop, der noch nicht angeboten wird: Wieviel Energie verbraucht die Bundeswehr/verbrauchen Kriege? Viele Fragen, die auf dem Camp diskutiert werden können.

Workshop 3 am Montag, 18.8.: Sozial gerechte, solidarische Tarife für umweltbewusste Energieversorgung? Den Workshop hat Edgar für das ABSP angemeldet.

Zu 8. Aktuelles:

Am 8. November plant bundesweite-montagsdemo.com eine zentrale Demonstration in Berlin. Der Termin wurde angekündigt aber nicht weiter diskutiert.

Weitere Termine:

1. September: Antikriegstag, ein Punkt der Mobilisierung zum...

20. September: Bundesweiter Aktionstag der Friedensbewegung mit Demos in Berlin und Stuttgart

Vom 10. bis 22. September Veranstaltungsrundreise einer US-Aktivistin unter dem Motto "Migrantische Kämpfe – Arbeitskämpfe!". ABSP ist an der Organisation beteiligt. Stationen unter anderem Gießen, Leipzig, Berlin, ...

Das nächste ABSP-Treffen ist in Hannover am 18. Oktober 2008 geplant.

Protokoll

Wolfram Altekrüger